

in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen.“

In ihrem Manifest trat die Kommunistische Partei Deutschlands für die Interessen aller Schichten des werktätigen deutschen Volkes ein, erhob sie zu ihren Forderungen und bewies damit, wie ernst es ihr war mit ihren Bemühungen um die Schaffung einer deutschen Volksfront im Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Die Brüsseler Konferenz gab für den deutschen Widerstandskampf und für die Politik der Partei folgende grundsätzliche Richtlinien:

1. Das strategische Ziel des antifaschistischen Kampfes ist der Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung einer demokratischen Republik aller Kräfte, die in der Volksfront an dem Sturz des Faschismus mitgearbeitet haben. Die Spitze dieser Republik muß sich gegen alle faschistischen und militaristischen Kräfte richten.
2. Die Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei müssen eine entschiedene Wendung zur Einheitsfrontpolitik, zum beharrlichen Kampf der klassenbewußten deutschen Arbeiter um die Einheit der Arbeiterbewegung durchführen.
3. Die Partei muß sich an die Spitze des Kampfes um eine einheitliche, freie deutsche Gewerkschaftsbewegung stellen und eine einheitliche, freie demokratische Jugendbewegung schaffen, die allein die deutsche Jugend im Geiste der Freiheit, des Fortschrittes und des Friedens erziehen kann.
4. Es müssen alle Kräfte angestrengt werden, um die deutschen Antifaschisten in der Volksfront gegen Faschismus und Krieg zu vereinigen.

Die Konferenz der Kommunistischen Partei in Bern wies erneut auf die Notwendigkeit hin, die einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Sie erklärte wiederum, daß die Rettung Deutschlands vor der Katastrophpolitik des Hitlerregimes die Unterordnung der Sonderinteressen aller Hitlergegner unter das Gesamtinteresse der deutschen Nation erfordere. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand der Kampf gegen den drohenden Krieg. In der Resolution erklärte sie mit aller Eindringlichkeit, „daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist“.

Auf der Grundlage der Brüsseler Beschlüsse entwickelte sich in Deutschland und in der Emigration die Bewegung zur Bildung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront.

Es gelang, und das ist vor allem einer der hervorragenden Verdienste Wilhelm Piecks, einen Ausschuß zur Bildung einer deutschen Volksfront zu schaffen, dessen Vorsitzender Heinrich Mann war. Der Parteivorstand der SPD in Prag setzte jedoch alles daran, um die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu hindern. Er lehnte alle Vorschläge der KPD zu gemeinsamen Kampfmaßnahmen ab. Immer wieder rief die Kommunistische Partei die deutschen Sozialdemokraten zum gemeinsamen Handeln, immer wieder wurde sie von der rechten SPD-Führung abgewiesen, obwohl die aktiven Mitglieder und Funktionäre der SPD in Deutschland zur Einheitsfront drängten.

In den letzten Kriegsjahren wurde durch die Bildung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion und durch die Ausdehnung der Bewegung unter den deutschen Antifaschisten sowohl in Frankreich, Holland, Belgien,